

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

24 (25.1.1891)

Beilage zu Nr. 24 der Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 25. Januar 1891.

Wochen-Rundschau.

Seine Majestät der Kaiser hielt am Samstag im Konzertsaal des königlichen Schlosses zu Berlin ein Kapitel des Schwarzen Adler-Ordens ab, nachdem die Investitur der zuletzt ernannten Ritter vorangegangen war. Am Tage darauf wurde die Feier des Krönungs- und Ordensfestes in der herkömmlichen Weise begangen. Am Dienstag früh traf der Kaiser in Hannover ein, von wo aus Allerhöchsterseits sich am andern Tage nach Springe zur Jagd begab. Vorgestern früh besuchte der Monarch Lüneburg, um die dortigen Hafenanlagen und den zur Abfahrt bereit liegenden Dampfer, der den Namen Ihrer Majestät der Kaiserin trägt, zu besichtigen, worauf im Laufe der späteren Vormittagsstunden die Rückreise nach Berlin erfolgte.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin empfingen am Mittwoch den englischen Geschäftsträger Nassau Jocelyn, welcher sich vor dem Antritt eines längeren Urlaubs von den höchsten Herrschaften verabschiedete. Infolge seines leider noch andauernden katarthalschen Erkältungszustandes hat der Großherzog höchstseiner Absicht, zum Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers nach Berlin zu reisen, aufgeben müssen; denn wenn auch in dem Befinden des erlauchten Fürsten eine wesentliche Besserung eingetreten ist, so besteht doch die Nothwendigkeit der Schonung noch fort. — Zum Besuche Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm sind am Freitag der Erbprinz und die Erbprinzessin von Anhalt in Karlsruhe eingetroffen. Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Wilhelm und Prinz Max haben sich nach St. Petersburg begeben, um dem Leidenbegünstigten des Herzogs von Leuchtenberg beizuwohnen.

Der Reichstag erörterte am Montag den Antrag der sozialistischen Fraktion, daß die Nürnberger Staatsanwaltschaft zur Aufhebung der Untersuchungsmaßregeln angewiesen werde, welche sie unter angeblicher Nichtbeachtung verfassungsmäßiger Bestimmungen gegen den Abgeordneten Grillenberger eingeleitet hat. Es handelt sich dabei um die Frage, ob der im Art. 31 der Reichsverfassung ausgesprochene Schutz eines Abgeordneten sich auch auf die Dauer der Verlegung des Reichstags erstreckt. Die sozialdemokratische Fraktion bejaht diese Frage ohne weiteres und erblickte deshalb in dem Vorgehen der Nürnberger Staatsanwaltschaft eine Verletzung der Verfassungsvorschriften, während der bayerische Bundesbevollmächtigte Graf Verchenfeld den gegenwärtigen Standpunkt vertrat. Der Staatssekretär v. Bötticher wies darauf hin, daß der Reichstag eine Resolution fassen könnte, über die sich sodann der Bundesrath äußern werde, daß er aber zu einer Auslegung einer zweifelhaften Verfassungsbestimmung allein nicht zuständig sei. Der Reichstag nahm schließlich einen Antrag des Herrn v. Unruhe-Bornst an, der die Einstellung des Untersuchungsverfahrens gegen den angeklagten Abgeordneten bewirken soll, während der sozialdemokratische Antrag an die Geschäftsordnungskommission verwiesen wurde. Nach Erledigung dieses Gegenstandes ging der Reichstag zur zweiten Lesung des Etats über, die ihn auch in den Sitzungen am Dienstag, Donnerstag und Freitag beschäftigten. Auch die Kommissionen des Reichstags haben in dieser Woche fleißig gearbeitet.

Das preussische Herrenhaus hat seinen ersten Vizepräsidenten, Hans v. Rodow-Plessow, am Sonntag durch den Tod verloren. In der Herrenhausitzung vom Dienstag widmete der Präsident, Herzog von Ratibor, dem Verstorbenen, der dem Herrenhaus seit der Begründung desselben angehört hatte, einen ehrenvollen Nachruf. In die Tagesordnung eintretend, beschäftigte das Herrenhaus sich in dieser Sitzung mit dem Antrage des Grafen Frankenberg wegen Bildung einer Behörde für die Interessen der Wasserwirtschaft. Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen. In der Schlussberatung über den Gesetzentwurf betreffend Abänderungen der Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen wurde der Gesetzentwurf gemäß dem Kommissionsantrage angenommen. Das Herrenhaus hielt am Donnerstag wiederum eine Sitzung ab, in welcher auf Grund von Anträgen der Kommission für kommunale Angelegenheiten über mehrere Gesetzentwürfe, die Hundesteuer, die Ausdehnung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 und die Wahl der Stadtverordneten betreffend, beraten wurde.

Im preussischen Abgeordnetenhaus gelangte am Mittwoch der Antrag Richter zur Verhandlung, die Stempelgebühr von Fideikommissen betreffend. Der Antragsteller ging in der Begründung seines Antrages von den Mittheilungen der Blätter aus, nach denen der frühere preussische Landwirtschaftsminister Freiherr v. Lucius bei der Errichtung zweier Familienfideikommissen von der gesetzmäßigen Stempelsteuer befreit worden ist. Finanzminister Miquel wahrte das Recht der Krone und hob in Bezug auf den vom Antragsteller besonders angeführten Fall hervor, daß die Fideikommissbildung im Zusammenhange mit der Erhebung des Ministers in den Freiherrenstand gestanden habe, die nach dem Wunsch des Kaisers Friedrich stempel- und gebührenfrei erfolgt sei. Uebri-gens hat Freiherr von Lucius den Betrag der ihm er-

lassenen Stempelsteuer Seiner Majestät dem Kaiser zu einem gemeinnützigen Zwecke zur Verfügung gestellt. Des weiteren beschäftigte das Abgeordnetenhaus sich in dieser Woche mit der zweiten Lesung des Etats.

In Wien fand am Dienstag Nachmittag die Beisetzung der Erzherzogin Maria Antonia Immaculata in der Kapuzinergruft im Beisein Seiner Majestät des Kaisers, sämmtlicher zur Zeit in Wien anwesenden Erzherzoge und Erzherzoginnen und vieler Staatswürden-träger statt. Die Mutter der Verstorbenen, die Erzherzogin Maria Immaculata, wohnte der Leichenfeier nicht bei; dieselbe war bei ihren an den Mätern erkrankten Kindern in Arco geblieben. — Der türkische Botschafter in Wien, Sadulla Pascha, ist an einer Gasvergiftung gestorben; ob durch Selbstmord infolge von Melancholie oder infolge eines Unfalles, indem er das Gas als Schlafmittel benutzte und durch die zu reichliche Einathmung betäubt wurde, ist noch nicht völlig aufgeklärt. Die Leiche soll nach Konstantinopel übergeführt werden, bis jetzt war diese Absicht aber wegen der Verkehrsstörungen auf den von Schneeverwehungen heimgesuchten Eisenbahnliesen noch nicht ausführbar. — Im böhmischen Landtag war am Samstag die zweite Lesung der Vorlage über den Landeskulturrath zu Ende geführt worden und am Montag folgte die dritte Lesung. In dritter Lesung wurde die Vorlage mit 153 gegen 53 Stimmen angenommen. 13 Abgeordnete hatten sich vor der Abstimmung enthalten, 39 Mitglieder dieser Partei gaben die Erklärung ab, daß sie im Interesse des Friedens für die Landeskulturrathsvorlage stimmen; da jedoch die Friedensstimmung und die Situation durch den Februarerlaß des Justizministers und durch die Haltung der Deutschen gegenüber der Ausstellung und der Volkszählung geändert sei, müßten die Abgeordneten die Forderung erheben, daß die übrigen Ausgleichsgesetze nur gleichzeitig mit der Wahlreform in Wirksamkeit treten. Aus dem Ergebnis der Schlussabstimmung folgt indessen, daß selbst unter dem altzeitlichen Vorbehalt die für die übrigen Ausgleichsvorlagen erforderliche qualifizierte Majorität nicht würde erlangt werden können. Der deutsch-liberale Parteiführer Pflener nahm am Mittwoch bei der Generaldebatte über das Landesbudget Veranlassung, das Vorgehen der Abgeordneten scharf zu kritisieren, indem er dasselbe als einen Wortbruch bezeichnete und erklärte, das Ausgleichswerk sei nicht durch die Angriffe der Jungtschechen, sondern durch den Abfall der Abgeordneten der Fortschritt anheim gegeben worden.

Die belgische Königsfamilie ist durch den Tod des Prinzen Baldwin, des ältesten Sohnes des Grafen und der Gräfin von Flandern, in Trauer versetzt worden. Der erst im 22. Lebensjahre stehende Prinz erlag in der Nacht zum Freitag einer Lungentuberkulose. — Am Dienstag begann in Brüssel die parlamentarische Session. Dieselbe kündigte sich stürmisch an. Die neue Tagung soll eine Entscheidung über die seit Monaten mit wachsender Leidenschaftlichkeit erörterte Frage der Verfassungsrevision und des allgemeinen Stimmrechts bringen, und damit die Volksvertretung nicht in Unklaren gelassen werde über den Ernst der Forderung, war von den Anhängern des allgemeinen Stimmrechts der Plan gefaßt worden, vor Beginn der ersten Kammer Sitzung eine Demonstration zu veranstalten. Die Regierung war nicht ohne Bedenken, daß diese Kundgebung zu ernstlichen Ruhestörungen Veranlassung geben könnte, und hatte umfassende militärische Vorkehrungen getroffen. Indessen ist die Kundgebung ohne jede Ruhestörung verlaufen. Die Führer derselben übergaben, da der Kammerpräsident es abgelehnt hatte, sie zu empfangen, die Petition um das allgemeine Stimmrecht auf dem Rathhause dem Bürgermeister und Abgeordneten Vullf.

Der französische Journalist La Bruyère war wegen der Begünstigung der Flucht Rademski's in erster Instanz zu dreizehn Monaten Gefängnis verurtheilt, vom Appellationshof jedoch freigesprochen worden, da die Identität derjenigen Person, welcher La Bruyère bei der Flucht behilflich war, mit Rademski nicht erwiesen sei. In der russischen Presse wurde dieses Urtheil scharf kritisiert; außerdem schuf dasselbe aber auch die bedeutliche Lage, daß der Hauptangeklagte seine Freiheit wieder erlangte, während die in derselben Angelegenheit mitangeklagten beiden Personen, da sie nicht appellirt hatten, im Gefängnisse blieben. Die französische Jurisprudenz hat sich nun aus der Sackgasse, in welche sie durch die Freisprechung La Bruyère's bei fortdauernder Straffast seiner Mitschuldigen gerathen war, auf sehr einfache Weise herausgefunden, indem der Justizminister Fallières dem Präsidenten der Republik ein Begnadigungsbekret zu Gunsten der Frau Duc Quercy überreichte und Herr Carnot dieses unterzeichnete. Auf ähnliche Weise dürfte Grégoire davonkommen. Die Pariser Blätter erörterten in dieser Woche besonders lebhaft die Kammerverhandlung vom letzten Montag über die Kündigung der Handelsverträge. Die französische Regierung möchte die Verträge mit angehängten Tarifen kündigen, dagegen diejenigen, welche bloß auf der Klausel der meistbegünstigten Nation beruhen, fortbauern lassen, indem sie glaubt, damit dem Lande alle Vortheile erhalten zu können. Im Parlament aber macht sich eine kleine Strömung geltend, die auf Kündigung aller Verträge hindrängt. Der Abgeordnete Bourgeois warf sich zum Wortführer derselben auf und stellte ein Auskunftsbegehren, dessen Begrün-

dung er mit den Worten einleitete, das Volk wolle von der Klausel der meistbegünstigten Nation nichts mehr wissen. Der Minister des Auswärtigen, Ribot, erwiderte, die Regierung wolle dem Lande die volle Freiheit in Zollsachen wiedergeben; auch bei den Verträgen, welche der Kündigung verfallen, werde Frankreich versuchen, einige Bestimmungen, z. B. die auf die Handelsreisenden und den Transit bezüglichen, zu erhalten. Schließlich wurde der Antrag Bourgeois mit 471 gegen 64 Stimmen abgelehnt und darauf ein von anderer Seite beantragtes Vertrauensvotum an die Regierung mit 458 gegen 11 Stimmen angenommen. Damit hat die Kammer schon jetzt für das von der Regierung in Aussicht genommene Vorgehen Stellung genommen.

Am Donnerstag nahm das englische Parlament seine Sitzungen wieder auf. Von mehreren Seiten war die Erwartung ausgesprochen worden, daß schon die ersten Sitzungen zu lebhafteren Erörterungen, insbesondere über die irische Frage, führen würden, und das Auftreten Bannells bestätigte diese Erwartung. Gleich in der ersten Sitzung kündigte Bannell an, daß er am Tage darauf die Regierung wegen des irischen Zwangsgesetzes interpelliren werde. Bannell hat somit die parlamentarische Aktion gegen die Regierung sofort nach dem Wiederbeginn der Unterhausverhandlungen wieder aufgenommen und dieses Vorgehen sieht nicht darnach aus, daß er zu Gunsten einer Versöhnung der beiden irischen Parteilgruppen von der Führerschaft seiner Anhänger zurücktreten werde.

In der am Dienstag wieder eröffneten italienischen Kammer kam sofort die Rede auf eine von dem irredentistischen Abgeordneten Barzilai eingebrachte Interpellation über Verhaftungen, die in Triest von der österreichischen Regierung vorgenommen waren. Namentlich handelte es sich um eine schriftstellerische Dame, mit Namen Massai. Aus Triest vom 20. lag jedoch bereits die Nachricht vor, daß infolge kaiserlicher Entschliebung das Landesgericht die Untersuchung gegen die des Hochverrathes beschuldigte italienische Schriftstellerin Massai eingestellt und diese enthaftet habe. Auch Barzilai hatte von dieser Thatsache Meldung erhalten und zog deshalb seine Interpellation zurück, behauptete indessen, Oesterreich habe das Territorialitätsrecht verletzt. Demgegenüber bemerkte der Ministerpräsident Crispi, was Oesterreich gethan, habe nicht unterbleiben können. Es handle sich um eine heikle Frage; die Schuldigen seien aber in erster Linie diejenigen, welche vom italienischen Gebiet aus die Frage provoziert hätten. Ob Herr Barzilai diese letzte Bemerkung des Ministerpräsidenten auf sich beziehen wollte, blieb ihm überlassen.

Aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika kam in dieser Woche die Kunde, daß der Indierkrieg in der Hauptsache beendet sei. Das starke Aufgebot der Regierungstruppen mußte die Indianer davon überzeugen, daß der Kampf zwischen ihnen und der Regierung mit ungleichen Kräften geführt werde, und sie boten dem General Miles ihre Unterwerfung an. Um einem Wiederausbruch der Feindseligkeiten vorzubeugen, ist jedoch die Entwaffnung der Indianer erforderlich und diese geht bei dem mißtrauischen Wesen der Indianer nur langsam vorwärts. — In Brasilien ist ein Kabinettswechsel eingetreten. Zu demselben gaben in erster Linie Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministern und dem Präsidenten Fonseca, dann aber auch die Beschlässe des Kongresses Anlaß, der zwar den ihm unterbreiteten Verfassungsentwurf in erster Lesung angenommen, gleichzeitig aber gewisse Amtshandlungen des Kabinetts mit einem Tadel belegte. Das neue Kabinet ist bereits gebildet. — In Chile gewinnt die aufständische Bewegung an Ausdehnung und während man es anfangs für wahrscheinlich hielt, daß der Präsident Balmaceda dieser Bewegung Herr werden würde, hat sich diese Wahrscheinlichkeit in der laufenden Woche erheblich verringert. Ein kriegerisches Zusammentreffen zwischen den Aufständischen und den der Regierung treu gebliebenen Truppen wird für die nächsten Tage erwartet.

Handel und Verkehr.

Mannheim, 23. Jan. Weizen per März 20.80, per Mai 20.65, Roggen per März 17.80, per Mai 17.45. Hafer per März 15.25, per Mai 15.60. Mais per März 13.50, per Mai 13.25.

Bremen, 23. Jan. Petroleum-Markt. Schlussbericht. Standard white loco 6.65, fest. — Amerikanisches Schweineschmalz Wilcox 32 1/2, Armour 31 1/2.

Rhein, 23. Jan. Weizen per März 19.85, per Mai 20.—, Roggen per März 17.65, per Mai 17.40. Rübsl per 50 kg per Mai 59.80, per Oktober 59.50.

Antwerpen, 23. Jan. Petroleum-Markt. Schlussbericht. Raffinirtes, Type weiß, disponibel 19.—, per Januar 19, per Februar 17 1/4, per März 16 1/4, fest. Amerikan. Schweineschmalz, nicht verollt, dispon., 78 1/4, fest.

Paris, 23. Jan. Rübsl per Jan. 64.75, per Febr. 64.75, per März-Juni 65.50, per Mai-August 67.—, Still. — Spiritus per Januar 36.75, per September-Dezember 39.25. Beh. — Zucker, weißer, Nr. 3, per 100 Kilogramm, per Januar 35.80, per Mai-August 37.25, fest. — Wehl, 8 Marques, per Jan. 59.50, per Februar 59.60, per März-Juni 59.60, per Mai-Aug. 59.25. Watt. — Weizen per Januar 26.40, per Februar 26.40, per März-Juni 26.75, per Mai-August 26.60. Träge. — Roggen per Januar 17.—, per Febr. 17.10, per März-Juni 17.50, per Mai-August 17.25. Still. — Talg 61.—. Wetter: Bedeckt.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Table of market prices for various goods and securities, including Staatspapiere, Eisenbahn-Aktien, and other financial instruments. Columns list item names, quantities, and prices.

Mittlere Marktpreise der Woche vom 11. bis 18. Januar 1891. (Mitgetheilt vom Statistischen Bureau.)

Table of average market prices for various commodities like wheat, rye, and oil. Columns include 'Orte' (locations), 'Mengen' (quantities), and 'Preise' (prices).

Bürgerliche Rechtspflege. Öffentliche Zustellungen.

Legal notices regarding court proceedings, including case numbers (e.g., 3577.2, 3621.1) and details of public announcements.

Continuation of legal notices, detailing court decisions and public announcements, including case numbers and names of parties.

Continuation of legal notices, focusing on court proceedings and public announcements, including case numbers and details.

Continuation of legal notices, detailing court proceedings and public announcements, including case numbers and names.

Continuation of legal notices, focusing on court proceedings and public announcements, including case numbers and details.